

Fraktion Velbert-anders • Lortzingstraße 8 • 42549 Velbert

Herrn  
Bundeskanzler Olaf Scholz/persönlich  
Über: Presse-und Informationsamt der Bundesregierung  
Dorotheenstr. 84

10117 Berlin

**Fraktion im Rat der Stadt  
Velbert  
Geschäftsstelle  
Lortzingstraße 8  
42549 Velbert**

Telefon: 02051 / 602655

Telefax: 02051 / 602693

Internet: [www.velbert-anders.de](http://www.velbert-anders.de)

E-Mail: [info@velbert-anders.de](mailto:info@velbert-anders.de)

Ihr Schreiben

Ihr Zeichen

Unser Zeichen  
V.a/ Tonscheid

Datum  
13. Februar 2024

## Haushalt 2024 der Stadt Velbert

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,,

wir, dass heißt die Fraktionen im Rat der Stadt Velbert, stehen im Moment vor der Aufgabe den Haushalt für das Jahr 2024, wenn eben möglich ausgeglichen, aufzustellen.

Diese „Herkulesaufgabe „ ist allerdings nur zu erreichen mit Steuererhöhungen, Gebührenerhöhungen und Streichungen in etlichen Bereichen.

Maßgeblich verantwortlich dafür ist die mangelhafte Gegenfinanzierung von Bund und Land, die dazu führen wird, den Kommunen die Luft zum Atmen zu nehmen.

Die von Ihnen beschlossenen Gesetze, etc. führen dazu, den Kommunen **Pflichtaufgaben** aufzubürden. Da Sie allerdings dabei die **Pflichtaufgabe** von Bund und Land vergessen, die da ist, die Kommunen mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten, kommt es zu dem Ergebnis:

### **den Letzten beißen die Hunde**

und das sind die Kommunen, die nur die Möglichkeit haben, wie schon oben dargestellt, die Finanzmittel, die wir für diese Pflichtaufgaben benötigen, von unseren Gewerbetreibenden und Bürgern, durch Steuer-und Gebührenerhebungen, etc. zu verlangen.

Hier nur einige Beispiele für die Unterfinanzierung:

Eine **Pflichtaufgabe** ist die Aufnahme von Flüchtlingen. An die Kommunen werden € 7.500,-- pro Person und Jahr an die Kommunen überwiesen. Die tatsächlichen Kosten, die von den Kommunen aufzubringen sind, belaufen sich auf ca. € 2.000,--pro Person und Monat, also ca. € 24.000,-- im Jahr. Allein hierfür entsteht eine Unterdeckung von ca. € 16.500 pro Person, zu tragen von der Kommune.

Das die Kosten für geduldete Flüchtlinge von der Kommune in Gänze übernommen werden müssen, möchte ich hier nur am Rande erwähnen.

Eine weitere **Pflichtaufgabe** ist der Rechtsanspruch von Eltern auf einen Kindergartenplatz. Per Gesetz beschlossen. Die Kosten für den Bau dieser Einrichtungen trägt die Kommune. Die Kosten seit Beginn dieses Rechtsanspruches belaufen sich bisher auf ca. € 35 Millionen. Weitere Neubauten sind in der Planung ( ca. 25 Gruppen )

Eine weitere **Pflichtaufgabe** ist der Bau von neuen Schulgebäuden, die ebenfalls von den Kommunen zu finanzieren sind. Derzeit ist durch den erheblichen Zuwachs an Grundschulern eine weitere dreizügige Grundschule im Bau. Kostenpunkt: ca. 25 Millionen Baukosten zzgl. Einrichtung. Momentan wird eine neue zweite, sechszügige. Gesamtschule errichtet, die lt. derzeitiger Berechnung ca.€ 85 Millionen, ohne Einrichtung verschlingen wird.

Eine weitere **Pflichtaufgabe** ist der Rettungsdienst und die Feuerwehr. Die gesetzlichen Regelungen enthalten Vorschriften, die, sollten diese nicht eingehalten werden, rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Allein in dem Haushalt 2024 mussten daher acht neue Stellen geschaffen werden, die weitere Kosten verursachen. Damit nicht genug, derzeit werden für das nächste Jahr weitere, mindesten 16 Stellen vonnöten sein

Damit es dann nicht langweilig wird, gibt es ein neues Gesetz, die eine weitere Pflichtaufgabe beinhaltet: **Rechtsanspruch der Grundschulleitern für die Bereitstellung eines OGATA-Platzes ( Offene Ganztagschule ) in allen Grundschulen in NRW**

Dieses Gesetz verpflichtet die Kommunen stufenweise, beginnend im Jahr 2026 mit den ersten Klassen der Grundschulen, jedes Jahr eine weitere Klasse, bis zum Jahr 2029 bereit zu stellen. Die Kosten dafür werden im hohen zweistelligen Millionenbereich liegen.

Abschließen möchte ich darum bitten, diese Fehlentwicklung umgehend zu stoppen und mein Unverständnis mit einem Beispiel verdeutlichen:

Ich kann mir auch kein neues Dach bestellen und bauen lassen und von meinem Nachbarn die Bezahlung verlangen. Der Nachbar kann sich weigern, wir als Kommune nicht!

In der Hoffnung auf Veränderungen

August-Fr. Tonscheid  
Wählergemeinschaft VELBERT-anders  
Fraktionsvorsitzender